



Mächtig ins Grübeln gekommen ist Wismars Bürgermeister Thomas Beyer: „Die Gesetzgebung bringt uns in Schwierigkeiten.“

Fotos (2): C. Kettler

Klage gegen Bürgermeisterwahl zieht Rattenschwanz nach sich

Michael Berkhahn (CDU) ist zwar als Stellvertreter von Wismars Bürgermeister Thomas Beyer (SPD) gewählt, darf aber nicht ernannt werden. Das könnte Folgen haben.

Von Heiko Hoffmann

Wismar – Einen längeren Urlaub oder gar eine langwierige Krankheit können sich Wismars Bürgermeister Thomas Beyer (SPD) und Michael Berkhahn (CDU) im Moment nicht erlauben. Wenn doch, könnten zum Beispiel Verträge für Bauleistungen nicht unterzeichnet werden.

Eintreten würde dieses Schreckensszenario, wenn Beyer oder Berkhahn fehlen. Denn bei einer Vielzahl von wichtigen Amtshandlungen gilt das sogenannte Vier-Augen-Prinzip. Beispielsweise bei Zahlungsverpflichtungen sowie bei Verträgen für Bauleistungen ab 50 000 Euro, bei arbeitsrechtlichen Vertragsangelegenheiten und beamtenrechtlichen Amtshandlungen.

Dabei scheint es auf den ersten Blick keine Probleme zu geben: Wismar hat einen vom Volk gewählten Bürgermeister Thomas Beyer; Wismar hat einen von der Bürgerschaft gewählten 1. Stellvertreter Michael Berkhahn. Fehlt nur noch der 2. Stellvertreter. Und einer der drei Unterschriftsberechtigten dürfte fehlen.

Doch so einfach ist die Welt in Wismar nicht. Der Reihe nach: Am 25. April hatte Thomas Beyer die Bürgermeisterwahl im ersten Anlauf mit der absoluten Mehrheit (63,1 %) gewonnen. Gegen die Gültigkeit der Wahl hatten 17 Bürger, vornehmlich aus dem politischen

Lager, Einspruch eingelegt. Vorwurf: Beyer habe sich als Vize-Bürgermeister durch einseitige Werbung im Amtsblatt illegal Vorteile verschafft. Am 24. Juni wies die Bürgerschaft die Einsprüche zurück und bestätigte die Wahl. Wilfried Boldt (fraktionslos) reichte daraufhin Klage beim Verwaltungsgericht ein, um der Sache auf den Grund zu gehen. Doch das kann dauern. Sabine Tiemann, Richterin am Verwaltungsgericht, konnte auf OZ-Anfrage weder einen konkreten noch einen ungefähren Termin nennen. Fachleute rechnen mit zwei, drei Jahren. Eine ähnliche Klage nach der Oberbürgermeisterwahl in Schwerin wurde nach über zwei Jahren entschieden.

Michael Berkhahn, bisher 2. Stellvertreter, wurde von der Bürgerschaft am 30. September 2010 als 1. Stellvertreter des Bürgermeisters gewählt. Doch darf er dazu nicht ernannt werden, weil laut Innenministerium dafür ein „Ernen-nungshindernis“ vorliegt. Verwiesen wird auf einen Passus im Landesbeamtengesetz. Danach ruht das Beamtenverhältnis von Beyer für die Dauer des gerichtlichen Wahlprüfungsverfahrens.



„Das habe ich nicht gewusst und nicht gewollt.“

Wilfried Boldt, fraktionslos, auf die Frage, ob er gewusst hat, was seine Klage für einen „Rattenschwanz“ nach sich zieht.

Das bedeutet, dass Berkhahn, solange die Klage läuft, nicht zum Beigeordneten und 1. Stellvertreter ernannt werden darf, da Beyer als bisheriger 1. Stellvertreter diese Stelle praktisch noch blockiert. Sollte Boldt mit seiner Klage Erfolg haben, was allgemein bezweifelt wird, würde Beyer in sein vorheriges Amt als Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Bürgermeisters zurückkehren.

Damit schließt sich der Problembereich. Wismar hat nur einen Stellvertreter, was sich wie eingangs erwähnt, als ernsthaftes Problem erweisen kann.

Als Ausweg hat das Innenministerium die Bestellung von Beauftragten vorgeschlagen. Demnach könnte Berkhahn als 1. Stellvertreter beauftragt werden, ein leitender Mitarbeiter der Verwaltung könnte den Posten als weiterer Beauftragter des 2. Stellvertreters übernehmen.

Doch dagegen ist Beyer: „Wir sind der Auffassung, dass ein solches Vorgehen dem Demokratieprinzip widerspricht, denn vom Innenministerium eingesetzte Beauftragte hätten keinerlei demokratische Legitimation, da deren Beauftragung gerade nicht auf einer

Wahl beruht.“ Außerdem sieht Beyer einen Beauftragten nur dann als gerechtfertigt an, wenn ein „außergewöhnlicher Verwaltungsnotstand“ vorliegt. Dazu aber müsste die Hansestadt in rechtswidriger Weise gehandelt haben.

Berkhahn hat inzwischen erklärt, dass er daher nicht für eine Beauftragung zur Verfügung steht.

Als Weg aus der Misere wollte Beyer an die Bürgerschaft als oberste Dienstbehörde den Antrag richten, „mich aus dem ruhenden Beamtenverhältnis B 3 zu entlassen“. Dann könnte Berkhahn planmäßig ernannt und ein 2. Stellvertreter im Januar gewählt werden.

Die Sache hat allerdings einen Haken. Beyer hat zwischenzeitlich vom kommunalen Versorgungsverband erfahren, dass er sämtliche Versorgungsansprüche seit 1992 verlieren würde, wenn er sich aus dem Beamtenverhältnis für den Posten als 1. Stellvertreter entlassen lässt und die Klage vor dem Verwaltungsgericht Erfolg hat. Beyer: „Damit ist dieser Weg hinfällig, ich denke, das ist verständlich. Wir sind im Gespräch mit dem Innenministerium, damit uns eine neue Lösungsvariante aufgezeigt wird.“

Wilfried Boldt erklärte zu dem Rattenschwanz, den seine Klage nach sich zieht: „Das habe ich nicht gewusst und nicht gewollt.“ Gleichwohl wisse er von einigen Abgeordneten, dass sie Schadenfreude über die Bredouille empfinden, die die Gesetzgebung ausgelöst hat.